

Abstract zum Vortrag

Meinungsfreiheit in Gefahr? „Cancel Culture“-Vorwürfe im öffentlichen Diskurs

Die Freiheit, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild ungehindert zu verbreiten, ist ein Menschenrecht; Meinungsfreiheit ein für demokratische Gesellschaften zentraler Wert. Doch auch in Demokratien, die dieses Recht in ihren Verfassungen garantieren und es durch die Rechtsprechung bestätigen, wird bezweifelt, ob Meinungsfreiheit in ausreichendem Maße besteht und tatsächlich für alle gilt. In Publikationen, die hohe Auflagen erzielen, ist die Rede vom „eingeschränkten Meinungskorridor“ sowie dem „Gespenst“ der Political Correctness und Cancel Culture. Diese „US-Importe“ sorgten auch in Deutschland für eine Verengung des politischen Diskurses und seien ein Ausdruck von „Tugendterror“ (von Münch 2017; Ackermann 2022; Pfitzer 2022).

Die Vorwürfe sind nicht neu. Seit den 1990er Jahren werden im Feuilleton, später zusätzlich in Sozialen Medien heftige Debatten über Political Correctness und Cancel Culture geführt; auch in der Kommunikations- und Medienwissenschaft ist die Auseinandersetzung mit Schweigespiralprozessen online und offline, einem doppelten Meinungsklima, Political Correctness und Cancel Culture anhaltend und höchst kontrovers. (Schulz & Rössler 2013; Schultz 2020, 2021; Thiele 2021; Schicha 2022; Meyen 2024; Quiring et al. 2024) Dabei kommen jedoch manche Perspektiven zu kurz. Es fehlt – so meine These – an Untersuchungen zum Medienzugang und Öffentlichkeiten, zu Privilegiertheit und ökonomischer Macht, zu Inklusion und Exklusion in und durch Medien.

Der Vortrag thematisiert den Forschungsstand und bietet Ergebnisse umfassender Analysen der Medienberichterstattung und Social Media Debatten über tatsächliche und vermeintliche Fälle von Cancel Culture. Dafür werden drei Bereiche genauer in den Blick genommen: Wissenschaft, Politik sowie Kunst und Kultur. Von Interesse ist, wer mit welchen Argumenten untermauert wem gegenüber den Vorwurf des „Cancelns“, der Moralisierung und Einschränkung der Meinungsfreiheit erhebt und welche Medien(unternehmen), politischen Akteure und Einzelpersonen von diesen publizistischen Kontroversen mehr oder weniger profitieren.

Der Beitrag kombiniert theoretisch-reflexive Ansätze aus der Kommunikations- und Konfliktforschung (Aubert 1973; Kepplinger 2009; Willems 2016) mit Fallbeispielen aus den drei genannten Bereichen, um Strukturen und Funktionen öffentlicher Debatten erkennbar werden zu lassen. Zur Diskussion stehen eine Subjektivierung und Instrumentalisierung von Begriffen wie Meinungsfreiheit und Zensur, Political Correctness und Cancel Culture. Sie seien zu „Kampfbegriffen“ derer geworden, die Freiheitsbeschränkungen zum eigenen Nachteil behaupteten (Auer 2004; Neuberger 2024). Tatsächlich differieren gefühlte und tatsächliche Meinungsfreiheit, die Akzeptanz von Einschränkungen und Verboten auch als Instrumente staatlichen Handelns sinkt (Lepenes 2022). So geht es zum einen um Gesetze und Ethik-Kodizes, ihre Auslegung und Anwendung, zum anderen um machtkritische Perspektiven, Deliberation, Öffentlichkeit als gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozess (Klaus 2017) und das diskursive Aushandeln dessen, was öffentlich sagbar ist.